

Informationsblatt

Austritt

Die folgenden Informationen basieren auf der seit 01.01.2005 und noch bis voraussichtlich 31.12.2014 gültigen Pensionskassenverordnung (PKV).

Ablauf

- Der bei unserer Pensionskasse angeschlossene Arbeitgeber meldet den Pensionskassen-Austritt an die Geschäftsstelle. Sofern ein Sparguthaben vorhanden ist, stellt diese dem aktiven Versicherten danach einen Fragebogen zu, auf dem die Verwendung der Freizügigkeitsleistung bekannt gegeben werden muss.
- Wenn die Geschäftsstelle im Besitz aller erforderlichen Angaben und insbesondere des rechtsgültig unterzeichneten Fragebogens ist, kann die Freizügigkeitsleistung ab Fälligkeit überwiesen und dem austretenden Mitglied eine entsprechende Austrittsabrechnung zugestellt werden.

Freizügigkeitsleistung

- Die Mitgliedschaft in unserer Pensionskasse endet am Letzten jenes Monates, in dem das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird oder der versicherte Jahresverdienst den jeweiligen BVG-Mindestlohn (2012 CHF 20'880.00) unterschreitet. Betroffene aktive Versicherte haben vor Vollendung des 59. Altersjahres Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung.
- Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses oder Unterschreitung des BVG-Mindestlohnes zwischen Vollendung des 59. und 63. Altersjahres kann der aktive Versicherte die Freizügigkeitsleistung nur noch verlangen, sofern er nachweist, dass er eine andere Erwerbstätigkeit ausübt oder als arbeitslos gemeldet ist.
- Die Höhe der Freizügigkeitsleistung entspricht dem per Austritt vorhandenen Sparguthaben. Entsprechende Spargutschriften für das Alterssparen gibt es gemäss BVG ab Alter 25, in unserer Pensionskasse bereits ab Alter 23. Aktive Versicherte, die im Austrittsjahr noch nicht 23 Jahre alt werden, haben als lediglich Risikoversicherte deshalb in unserer Pensionskasse noch keinen Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung erworben.
- Wenn die Freizügigkeitsleistung erst nach Fälligkeit überwiesen werden kann, hat das austretende Mitglied Anspruch auf eine Verzinsung seines Guthabens. Der Zinssatz entspricht dem Sparzinssatz, mindestens aber dem vom Bundesrat festgelegten Verzugszinssatz.

Erhaltung des Vorsorgeschutzes

- Treten aktive Versicherte in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein, so hat unsere Pensionskasse die Freizügigkeitsleistung zwingend an die **neue Vorsorgeeinrichtung** zu überweisen.
- Versicherte, die nicht in eine neue Vorsorgeeinrichtung eintreten (z. B. wegen Arbeitslosigkeit, Weiterbildung oder Auslandsaufenthalt), haben der Geschäftsstelle auf dem von der Geschäftsstelle zugestellten Fragebogen mitzuteilen, in welcher der folgenden zwei zulässigen Formen sie den Vorsorgeschutz erhalten wollen:
 - Mit einem **Freizügigkeitskonto** (z. B. bei einer Bank), auf welchem die Freizügigkeitsleistung in der Regel wie bei einem Sparkonto ohne weitere Versicherung, jedoch mit einem Vorzugszinssatz, weitergeführt wird.
 - Mit einer **Freizügigkeitspolice** (z. B. bei einer Versicherungsgesellschaft), die auf Wunsch zum Teil zusätzlich die Risiken Alter und Tod, unter gewissen Voraussetzungen auch das Invaliditätsrisiko, abdeckt.Als Alternative kann die Vorsorge oder lediglich die Altersvorsorge, soweit die bundesrechtlichen Mindestleistungen betroffen sind, auch freiwillig bei der **Stiftung Auffangeinrichtung BVG** weitergeführt werden. Ein entsprechender Antrag müsste dort jedoch innerhalb von 90 Tagen nach Austritt aus unserer Pensionskasse eingereicht werden. Weitere Informationen sind erhältlich bei *Stiftung Auffangeinrichtung BVG, Zweigstelle Deutschschweiz, Erlenring 2, Postfach 664, 6343 Rotkreuz, Telefon 041 799 75 75, www.aeis.ch*.
- Eine **Barauszahlung** der Freizügigkeitsleistung kann lediglich im Rahmen der rückseitig beschriebenen Bedingungen und Einschränkungen verlangt werden.

Wegfall des Risikoschutzes

Die bei Beendigung der Mitgliedschaft versicherten Leistungen bei Invalidität und Tod bleiben noch während längstens 1 Monat versichert. Danach entfällt der Risikoschutz unserer Pensionskasse. Wird vorher ein neues Vorsorgeverhältnis begründet, so ist die neue Vorsorgeeinrichtung zuständig.

Bedingungen für die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung

Das austretende Mitglied kann die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung im Rahmen der unten aufgeführten Einschränkungen nur verlangen, wenn eine der 3 nachfolgenden Bedingungen erfüllt ist:

- **Endgültiges Verlassen der Schweiz** (ohne Ausübung einer weiteren Erwerbstätigkeit in der Schweiz)
 - Die Barauszahlung kann erst erfolgen, wenn die Geschäftsstelle im Besitz der folgenden Unterlagen ist:
 - rechtsgültig unterzeichneter Fragebogen
 - Abmeldebestätigung der Einwohnerkontrolle
 - Nachweis der neuen Wohnadresse im Ausland
 - Nachweis von Wohneigentum bzw. Mietvertrag oder Arbeitsvertrag im neuen Wohnsitz-Staat
 - Erklärung von AusländerInnen mit einer Niederlassungsbewilligung (Ausweis C), dass sie kein Gesuch um Aufrechterhaltung (Reservation) der Niederlassungsbewilligung stellen werden (Vorgabe des Bundesamtes für Sozialversicherungen)
 - Die Barauszahlung unterliegt in der Regel der Quellensteuer. Soll davon abgewichen werden, weil die Besteuerung der Austrittsleistung im ordentlichen Verfahren erfolgt, muss der Geschäftsstelle frühzeitig eine entsprechende Bestätigung des zuständigen Steueramtes eingereicht werden.
 - Liechtenstein gilt in der beruflichen Vorsorge nicht als Ausland.
- **Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit im Hauptberuf** (ohne weitere oblig. berufliche Vorsorge)
 - Die Barauszahlung kann erst erfolgen, wenn die Geschäftsstelle im Besitz der folgenden Unterlagen ist:
 - rechtsgültig unterzeichneter Fragebogen
 - Bestätigung der AHV-Ausgleichskasse als Selbständigerwerbende(r) im Hauptberuf (Achtung: der Beginn der "Aufnahme" einer selbständigen Erwerbstätigkeit darf nicht länger als 12 Monate zurückliegen)
 - Kurzbeschreibung der im Hauptberuf selbständigen Erwerbstätigkeit durch das austretende Mitglied
 - Für eine freiwillige Weiterführung der Versicherung in der 2. Säule (berufliche Vorsorge) als Selbständigerwerbende(r) kann sich das austretende Mitglied an die Vorsorgeeinrichtung seines Berufsverbandes oder an die Stiftung Auffangeinrichtung BVG (vgl. entsprechenden Hinweis auf der Vorderseite) wenden.
- **Geringfügigkeit** (die Freizügigkeitsleistung beträgt weniger als der jährliche Versichertenbeitrag)

Als weitere Bedingung ist bei Verheirateten die **Unterschrift des Ehepartners** erforderlich. Diese muss, sofern die bar auszubehaltende Freizügigkeitsleistung mindestens CHF 20'000.00 beträgt, bei einer amtlichen Beglaubigungsperson oder bei der Geschäftsstelle unserer Pensionskasse in Schwyz geleistet werden. Nicht Verheiratete müssen der Geschäftsstelle ihren **aktuellen Zivilstand** mittels einem Personenstandsausweis vom Zivilstandsamt des Heimatortes nachweisen.

Einschränkungen für die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung

- **Innerhalb der letzten 3 Jahre getätigte Einkäufe**
 - Einkäufe (inklusive Zins), die innerhalb der letzten 3 Jahre vor dem Austritt aus der 2. Säule (berufliche Vorsorge) getätigt wurden, dürfen nicht bar ausbezahlt werden. Dieser Teil der Freizügigkeitsleistung muss an eine Freizügigkeitseinrichtung (Freizügigkeitskonto oder -police) überwiesen werden.
- **Ausreise in einen EU- oder EFTA-Staat**
 - Austretende Mitglieder, die nach den Rechtsvorschriften eines EU- oder EFTA-Staates für die Risiken Alter, Invalidität und Tod obligatorisch versichert werden oder in Liechtenstein Wohnsitz nehmen, können die Barauszahlung des bis zum Austritt erworbenen **BVG-Altersguthabens** nicht verlangen. Da das BVG-Altersguthaben Bestandteil der obligatorischen Sozialversicherung ist, muss es an eine Freizügigkeitseinrichtung in der Schweiz auf ein Freizügigkeitskonto oder eine Freizügigkeitspolice überwiesen werden. Der restliche, **überobligatorische Teil** der Freizügigkeitsleistung hingegen kann (ausgenommen Liechtenstein) gleichzeitig bar ausbezahlt werden.
 - Die Barauszahlung der **gesamten Freizügigkeitsleistung** an endgültig in einen EU- oder EFTA-Staat (ausgenommen Liechtenstein) ausreisende Mitglieder ist nur zulässig, wenn der Geschäftsstelle die Nichtunterstellung unter das dortige landesübliche Sozialversicherungssystem erbracht wird. Entsprechende Informationen sind erhältlich bei *Verbindungsstelle Sicherheitsfonds BVG, Geschäftsstelle, Postfach 1023, 3000 Bern 14, Telefon 031 380 79 71, Fax 031 380 79 76, www.verbindungsstelle.ch*. Das austretende Mitglied muss das für die Abklärung der Sozialversicherungspflicht existierende spezielle Antragsformular vollständig ausfüllen und dem Sicherheitsfonds BVG wieder retournieren.
- **Steuerrechtliche Folgen einer Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung**
 - Weil die bar ausbezahlte Freizügigkeitsleistung der Kapitalbezugssteuer unterliegt, muss sie durch die Geschäftsstelle innerhalb von 30 Tagen der Eidg. Steuerverwaltung gemeldet werden. Trotzdem muss das austretende Mitglied in seiner nächsten Steuererklärung den Betrag der bar ausbezahlten Freizügigkeitsleistung per Austritt und einen allfälligen Zins bis zur Auszahlung aufzuführen.

Hinweis: Aus diesem seit 09.02.2012 gültigen Informationsblatt lassen sich keine Rechtsansprüche ableiten.